

Volks-Zeitung

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung
Sport-Zeitung
Film-Zeitung
Haus u. Garten-Zig.
Techn. Zeitung
Witzblatt „ULK“



Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Berliner-Verlagsgesellschaft
Verlagsgesellschaft
Verlagsgesellschaft

Schnelldienst

Der Reichstag ist gestern wieder zusammengetreten.
Der Reichsausschuss hat die Parteiführer auf heute mittag zu einer Besprechung geladen, um ihnen Aufklärung über die politische Lage zu geben.
Im Landtagsausschuss für die Städteordnung wurde gestern die Frage der Magistrats- und Bürgermeisterwahlprüfung behandelt.
Der neuernannte Reichsminister für Wiederaufbau, Albert Grunert, hat gestern die Geschäfte seines Amtes.
Poincaré hat gestern mit Lord Curzon, Barthou und Maurice Berthelot verhandelt.

Dollar: New-Yorker Parität 21 053

Diktat oder Verhandlungen?

England, Frankreich, die Reparationen und die Pariser Rheinlandbesatzen

Von H. N. Brallford

Eine meiner schwachen Erinnerungen aus den Vorkriegsjahren ist mein Besuch nach dem Haag zu der zweiten Friedenskonferenz. Schon damals bereiteten die Diplomaten den Krieg vor, während sie vom Frieden sprachen.
Wenn sich kein Mensch die Mühe gibt zu fragen, das Schuldeneinziehung durch Gewaltanwendung ein barbarischer Versuch des internationalen Rechts ist, so liegt das vermutlich daran, daß keiner wirklich daran glaubt, Frankreich eine Schuld einzuzeichnen. Die Expedition folgte Frankreich an direkten Aufwendungen und indirekten Verlusten nach den genaueren Aufstellungen der Reparationskommissionen um 500 Millionen Francs monatlich.
Wenn man sich kein Mensch die Mühe gibt zu fragen, das Schuldeneinziehung durch Gewaltanwendung ein barbarischer Versuch des internationalen Rechts ist, so liegt das vermutlich daran, daß keiner wirklich daran glaubt, Frankreich eine Schuld einzuzeichnen. Die Expedition folgte Frankreich an direkten Aufwendungen und indirekten Verlusten nach den genaueren Aufstellungen der Reparationskommissionen um 500 Millionen Francs monatlich.

Ende des irischen Bürgerkrieges

Gefangennahme des Führers der Aufständischen, De Valera - Der Generalsstabchef der Rebellen geflohen - Die Republikaner ohne Führer

London, 11. April. (Privat.)
De Valera, der Führer der irischen revolutionären Bewegung, ist von den Truppen der rechtmäßigen Freiheitsregierung gefangen genommen worden.
Zugleich wurde Dan Breen, einer der eifrigsten Befürworter der irischen Republik, gefangen genommen.
Schon gestern war der Generalsstabchef der irischen Revolutionäre, Liam Lynch, nach einem Kampf, bei dem er verwundet wurde, gefangen genommen worden.
Er ist heute seinen Verwundungen erlegen. Lynch ist gestorben, um De Valera zu retten. Dieses Opfer war jedoch umsonst.
Es ist anzunehmen, daß die irische Revolution mit De Valeras Gefangennahme ihr Ende erreicht hat.
Die Lage der irischen Revolutionäre hat sich während der letzten Monate von Woche zu Woche verschlechtert, so daß sie jetzt nach dem Verlust ihrer Führer zu keinem Widerstand mehr fähig sein dürfte.
Denn die Führer, die jetzt noch übrig bleiben, sind nur noch Franzosen: Frank Mac Swiney, die Schwester des Bürgermeister von Cork, der den freiwilligen Hungertod

erlitt, und die Gräfin Markiewicz. Die langen Kämpfe haben den Iren schwere Verluste an Menschenleben und an materiellen Werten eingebracht.
Die Regierung des südirischen Freistaates, die jetzt Herr der Lage sein dürfte, hat deshalb eine regelrechte Arbeitsschwere Arbeit zu leisten, bevor sie normale wirtschaftliche und politische Zustände wieder herstellen kann.
De Valera, der in New-York geboren ist, ist der Sohn eines spanischen Vaters und einer irischen Mutter.
Er ist von Beruf Mathematiklehrer. Am Laufe seines wechselvollen Lebens wurde er zum Tode verurteilt, begnadigt und wieder gefangen genommen, worauf er aus dem Gefängnis ausbrach.
In der Gefangenschaft 1920 nach Irland zurück. Er war der Führer der irischen Republikaner, die sich mit dem Lord George'schen Aufstand, auf Grund deren Irland die Rechte eines britischen Dominions erhielt, nicht begnügten, sondern für Irland die vollständige Selbstbestimmung vom britischen Reich verlangten.

etwas anderem. Ich glaube nicht, in stande zu sein, Herrn Millet drei Punkte in einfachem Englisch zu überlegen.
Auf irgendeine Weise soll das Rheinland für immer dem deutschen Reich entzogen werden. Auf irgendeine Weise soll eine Ehe zwischen der Ruhrfrage und dem lothringischen Erz geschlossen werden.
Das Saargebiet, das für fünfzehn Jahre der zarten und unparteilichen Sorgfalt des Völkerbundes (mit einem Franzosen als Gouverneur und einer französischen Garnison) anvertraut worden ist, soll, nehme ich an, einfach annektiert werden.
Alles dies bedeutet natürlich ebenso wie die augenblickliche Inflation ein völliges Abweichen von der Versailles-Regelung und die Abkehr von den wenigen Spuren der Mäßigung, die Wilson und Lloyd George Clemenceau aufnötigen konnten.

Das plöthliche Interesse der französischen Presse ist außerordentlich auffällig. Es ist nicht schwer, ihrem Gedanken zu folgen.
Frankreich kann nicht gut eine dauernde Befragung der Ruhr und des rechten Rheinlandes, ebenfalls des linken vorziehen. Die Erfahrung lehrt, daß dies zuviel Truppen verlangt und sich als unrentabel erweisen würde.
Aber wenn es nach einigen wenigen Jahren allmählich mit seinem Druck nachlassen muß, warum dann nicht das Saargebiet sofort und geradezu annektieren?
Das größere Kohlengebiet aufgeben und das kleinere zu nehmen, erscheint beinahe großartig. Zwei Gründe sprechen für Eile.
Erstens erschütterte die jetzt beliebten Methoden nicht sichtbar die Anfänglichkeit der grundbedingten Bevölkerung des Saargebietes. Der bekannte Herr Doriot (der Vertrauensmann Poincarés und der Präsident der Finanzkommission der Kammer) verweist in einem weiteren Geheimbericht, den der „Manchester Guardian“ kürzlich veröffentlicht, zweifelnd über den bisher angewandten Methoden: die Reinigung der Beamtenkräfte, einen Bündnis mit der Gestaltlichkeit, die Errichtung französischer Schulen.
Er schrieb vor den kürzlich stattgefundenen Wahlen und sagte, daß, falls die Wahlen deutsch hingenommen würden, die Zukunft unserer Saarpolitik gefährdet werde.
Aun stimmten die Wahlen deutsch und wählten von dreißig sechsundzwanzig ausgesprochen deutsche Abgeordnete. Es ist daher wahrscheinlich, daß selbst nach zwölf weiteren Jahren des Druckes und der Korruption das Saargebiet immer noch deutsch wählen wird.
Es darf also noch ein Weibitzig stattfinden. Die Zukunft des Saargebietes muß jetzt geregelt werden.
Nach etwas anderem treibt zur Eile: augenblicklich und für zwölf weitere Jahre gehören die Bergwerke dem französischen Staat.
Aber bis zur Volksabstimmung nur provisorisch. Sie sind noch nicht veräußert; aber französischer Privatunternehmergeist möchte sie jetzt schon kaufen.

An der Tat ist das wirtschaftliche Motiv in der französischen Presse so wenig verhält, daß es keiner Detektivgeschicklichkeit bedarf, um es klarzulegen.
Der französische Imperialismus ist gleichzeitig der eheliche und der räuberische aller Imperialismen.
Es steht im Mittelpunkt seines Strebens, die ganze westliche Industrie unter französische Kontrolle zu bringen.
Herr Poincaré schlug offen als eine seiner „Sanktionen“ vor, daß dem Kapital der Alliierten 60 Prozent der Aktien der wichtigsten Rheinlandsindustrien ausgehändigt werden sollten.
Im Saargebiet, wo der französische Staat die Bergwerke in der Hand hat und die Kohle kontrolliert, wurden den größten deutschen Metallfirmen des Gebietes, zum Beispiel Mannesmann, Kuhlens, und Kossel, die Bergwerke verweigert, bis sie sich unter diesem rührenden Druck bereit erklärten, 60 Prozent ihres Bestandes der französischen Finanz auszuliefern.
Falls nur die Förderung der Bergwerke ebenfalls kontrolliert werden könnte, so wäre es ja möglich, die ganze deutsche Industrie zu annektieren.
Deutsche Köpfe und deutsche Hände würden die Arbeit leisten, und die französische Finanzwelt würde zwei Drittel der Dividenden einheben.
Das ist das Hauptziel. Die Errichtung einer Rheinlandsrepublik, die Befragung der Ruhr, die Vorsehrung der

deutschen Eisenbahn und die Entlassung deutscher Zivilisanten sind lediglich die politischen und militärischen Zwangsmittelnahmen, durch die das kapitalistische Raubziel erreicht werden soll.
Annerion ist ein rohes, ungenaueres und un diplomatisches Wort; aber die Sache selbst vollzieht sich.
Mit dem Polster der Polizei und den Eisenbahnen unter permanenter Kontrolle annektiert tatsächlich der französische kapitalistische Staat das Rheinland unter unseren Augen.

Innerhalb der nächsten Tage oder Wochen wird die Regierung Bonar Law mit ihrer unerreichten ermüdeten Doppelzüngigkeit und Unentschiedenheit zur Entschcheidung gezwungen werden.
Frankreich ist im Begriff, einen neuen Vertrag zu diktieren. Frankreich und nicht England ist zuerst dabei, die Versailles-Regulierung beiseite zu schieben, ganz einfach; das wird der Augenblick sein, in dem unsere Regierung endlich ihre Meinung wird äußern müssen, wenn sie überhaupt eine Meinung hat.
Der Vertrag wird revidiert werden. Aber soll er etwa noch unverändert (schlechter werden oder werden England endlich den Mut haben, einen neuen und besseren Vertrag zu verlangen?
Im allgemeinen trachten die Franzosen, soweit die Presse ihre Gedanken entwirrt, nach einem Separatfrieden.
Aber wenn sie sich nicht entschließen, teilzunehmen, wird es eine Konferenz geben, und Konferenzen fürchten die Franzosen.
Sie wollen selbst den Vertrag zur Revision auf den Tisch legen, aber sie wollen revidieren ohne unsere möglichen Einflüsse.

Hier nun haben wir die Wahl! Wir können es zugeben, daß man uns aus unserem Platz in der europäischen Familie herausstößt. Wir können Frankreich die absolute Herrschaft über den Kontinent überlassen.
Wir können ihm mit unserer wohlwollenden Neutralität gestatten, unsere augenblickliche Arbeitslosigkeit für das Zeitalter einer Generation zu bereinigen und den unermesslichen Nachkrieg zu beschleunigen.
Aber wenn nach irgendeiner Pflichtenhaft für die Menschheit oder für uns selbst, irgendein Mittel für Leib und Seele der Arbeiterklasse Europas in uns rege ist, werden wir bei diesen Verhandlungen einen gleichberechtigten Platz nicht nur für uns selbst, sondern für die Vertreter aller Völker verlangen.
Uns alle geht es etwas an, in welchem Rahmen, dem der Gerechtigkeit oder des Unrechts, sich unser Leben spielt.
Der Friedensvertrag soll revidiert werden. So sagt uns denn die Revision in die Hand nehmen und sie soweit führen, daß keine militärischen und kapitalistischen Grundlinien zerstört werden.
Aber wenn wir diese Führerschaft verdienen wollen, so müssen wir selbst bereit sein, unsere eigenen imperialistischen Gewinne aufzugeben.
Wir können Frankreich nicht die Kohle vorenthalten, während wir das Öl für uns behalten.
In wenigen Tagen oder Wochen muß unsere Regierung handeln. Worauf sollte sie warten?
Sot nur Frankreich das Recht, den günstigsten Moment zu bestimmen?
Sollen wir still sein, bis Hunger und Erschöpfung den tapferen Geist des passiven Widerstandes bei den deutschen Arbeitern besiegeln haben und Deutschland zum zweiten Male so daniederliegt, daß es jede, selbst eine unerträgliche Forderung, unterdrückt?
Die einzige Hoffnung liegt in einem deutschen Appell der Arbeiterklasse zu einer sofortigen Weltkonferenz, welche die Friedensverträge revidieren muß.

(Aus dem „New Leader“, London, überf. von Martha Cienich, Berlin.)

Die Republikanisierung des Reichstags. Im Reichstagsgebäude war feierlich aus dem früheren Gebäude in der Leipziger Straße das schwarzweiße Banner, das 1867 die Deutschen von New Orleans dem deutschen Parlament mit dieser Widmung ins Leben geführt hatten, übernommen und in dem Repräsentationsraum der Wandelhalle aufgehängt worden.
Dieses alte Wahrzeichen